



Mai 2013  
AK Positionspapier

Investiver Sozialstaat

Wachstum, Beschäftigung und finanzielle  
Nachhaltigkeit

Volkswirtschaftliche und fiskalische Effekte des  
Ausbaus der Kinderbetreuung in Österreich

## Wir über uns

**Die Bundesarbeitskammer ist die gesetzliche Interessenvertretung von rund 3,2 Millionen ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen in Österreich. Sie vertritt ihre Mitglieder in allen sozial-, bildungs-, wirtschafts und verbraucherpolitischen Angelegenheiten auf nationaler als auch auf der Brüsseler EU-Ebene. Darüber hinaus ist die Bundesarbeitskammer Teil der österreichischen Sozialpartnerschaft.**

**Das AK EUROPA Büro in Brüssel wurde 1991 errichtet, um die Interessen aller Mitglieder der Bundesarbeitskammer gegenüber den Europäischen Institutionen vor Ort einzubringen.**

### **Zur Organisation und Aufgabe der Bundesarbeitskammer in Österreich**

Die Bundesarbeitskammer Österreichs bildet die Dachorganisation von neun Arbeiterkammern auf Bundesländer-ebene, die gemeinsam den gesetzlichen Auftrag haben, die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten.

Im Rahmen ihrer Aufgaben beraten die Arbeiterkammern ihre Mitglieder unter anderem in Fragen des Arbeitsrechts, des Konsumentenschutzes, in Sozial- und Bildungsangelegenheiten. Mehr als drei Viertel der rund 2 Millionen Beratungen jährlich betreffen arbeits-, sozial- und insolvenzrechtliche Fragestellungen. Darüber hinaus nimmt die Bundesarbeitskammer im Rahmen von legislativen Begutachtungsverfahren die Aufgabe wahr, die Positionen der ArbeitnehmerInnen und der KonsumentInnen gegenüber dem Gesetzgeber in Österreich als auch auf EU-Ebene einzubringen.

Alle österreichischen ArbeitnehmerInnen sind per Gesetz Mitglied der Arbeiterkammern. Die Mitgliedsbeiträge sind gesetzlich geregelt und betragen 0,5 Prozent des Bruttoeinkommens (maximal bis zur Höchstbemessungsgrundlage in der Sozialversicherung). 560.000 (ua Arbeitslose, Eltern in Karenz, Präsenz- und Zivildienstler) der rund 3 Millionen Mitglieder sind von der Zahlung des Mitgliedsbeitrages befreit, haben aber Anspruch auf das volle AK-Leistungsangebot!

Rudi Kaske  
Präsident

Werner Muhm  
Direktor

## Executive Summary

Investitionen in soziale Dienstleistungen erfüllen in vielfältiger Weise den hohen Anspruch einer **intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstumsstrategie** – auf europäischer Ebene ebenso wie in Österreich!

In den kommenden Jahren ist – nicht zuletzt durch die Konsolidierungspakete in den einzelnen EU-Ländern – von einer Verlangsamung der wirtschaftlichen Dynamik auszugehen. Deshalb ist es umso wichtiger, über eine **Stärkung der (Binnen)Nachfrage** ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum anzukurbeln, zB durch eine bessere Arbeitsmarktintegration von Frauen. Denn das Nutzen der Talente und Fertigkeiten von Frauen und Männern gleichermaßen ist unerlässlich, um im globalen **Wettbewerb konkurrenzfähig** zu sein. Dafür braucht es eine intelligente Beschäftigungsstrategie, die nicht ohne soziale Dienstleistungen auskommen kann:

- Hinsichtlich der Steigerung von Beschäftigung hat der Ausbau sozialer Dienstleistungen **höhere Effekte** als jede andere Form des Einsatzes öffentlicher Mittel.
- Das **Beschäftigungsziel** von europaweit 75% in der Altersgruppe 20-64J. braucht eine entsprechende Erhöhung der Frauenbeschäftigung, dafür braucht es eine **Beseitigung der Erwerbsbarrieren** durch die Entlastung von unbezahlter Familienarbeit.

- Das ist auch eine zentrale Voraussetzung um den **demografischen Wandel** – auf ökonomisch sinnvolle und sozial verträgliche Weise – zu bewältigen und die Finanzierbarkeit der Pensionssysteme sicherzustellen.
- Fehlt soziale Infrastruktur, führt dies zu Verwerfungen am (**regionalen**) **Arbeitsmarkt** bis hin zu Abwanderung insbesondere qualifizierter Arbeitskräfte, deren Vorhandensein für **Standortentscheidungen** von Unternehmen ein gewichtiger Faktor ist.

Der vorliegende Beitrag illustriert die positiven Effekte von Investitionen in soziale Dienstleistungen am Beispiel der Kinderbetreuung. Die neuen Modell-Berechnungen<sup>1</sup> zeigen, dass diese neben beträchtlichen Beschäftigungseffekten – abhängig von der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung – auch deutliche Mehreinnahmen für die öffentliche Hand ermöglichen. Soviel sei vorweg genommen: selbst bei relativ pessimistischen Annahmen hinsichtlich des Wirtschafts- und Beschäftigungswachstums, werden die Kosten für mehr und bessere Kinderbetreuung durch zusätzliche Einnahmen (Abgaben aus

<sup>1</sup> Bereits 2010 erstellte die AK Modellrechnungen zu den ökonomischen Effekten von Investitionen in Kinderbetreuung und anderen sozialstaatliche Maßnahmen. Siehe: <http://www.arbeiterkammer.at/bilder/d128/Sozialstaat.pdf>

Beschäftigung und Einsparungen in der Arbeitslosenversicherung) zumindest neutralisiert.

Eine **ausführliche Darstellung** der Berechnung mit allen Grundlagen und Annahmen findet sich im **ANHANG**.

Dabei sind die langfristigen positiven Effekte vor allem hinsichtlich der Frühförderung der Kinder, wie stabilere Bildungs- und Erwerbskarrieren, noch gar nicht enthalten. Eine Schweizer Studie<sup>2</sup>, die diese Wirkungen ebenfalls berücksichtigt hat, kommt zu dem Ergebnis, dass der volkswirtschaftliche Nutzen von Kinderbetreuung und Elementarbildung langfristig noch deutlich höher liegt als in dem vorliegenden Artikel gezeigt wird.

---

<sup>2</sup> Karin Müller Kucera und Tobis Bauer (2005): Kindertagesstätten zahlen sich aus – Jeder eingesetzte Franken bringt drei bis vier Franken an die Gesellschaft zurück; Sozialdepartement der Stadt Zürich, Edition Sozialpolitik Nr. 5a. Zürich 2005; <http://www.buerobass.ch/pdf/2001/Kindertagesst.pdf>

# Die Position der AK im Einzelnen

## 1. Direkte und indirekte Effekte des Ausbaus sozialer Dienstleistungen

Die vielfältigen positiven direkten und indirekten Effekte vom Ausbau sozialer Dienstleistungen im Allgemeinen und der Kinderbetreuung im Besonderen lassen sich anhand von vier Punkten darstellen.

Erstens: **Zusätzliches und besseres Leistungsangebot.** Die zusätzlichen Investitionen führen nicht nur zu einem quantitativ größeren Angebot, sondern können auch substanzuell zu einer besseren Qualität beitragen. Einerseits kann durch die Bereitstellung von mehr Personal die Verringerung der Betreuungsschlüssel die Intensität und Qualität der Betreuung entscheidend verbessert werden. Andererseits können die zusätzlichen Mittel mit der Erfüllung bestimmter Standards für die Erbringung verknüpft werden. Diese hohe Qualität ist unverzichtbar, wenn es zB um Frühförderung der Kinder, Versorgung von Pflegebedürftigen oder die Qualifizierung von Arbeitssuchenden geht. Die Standards dafür festzulegen darf nicht dem freien Markt überlassen, sondern soll von der öffentlichen Hand bestimmt werden.

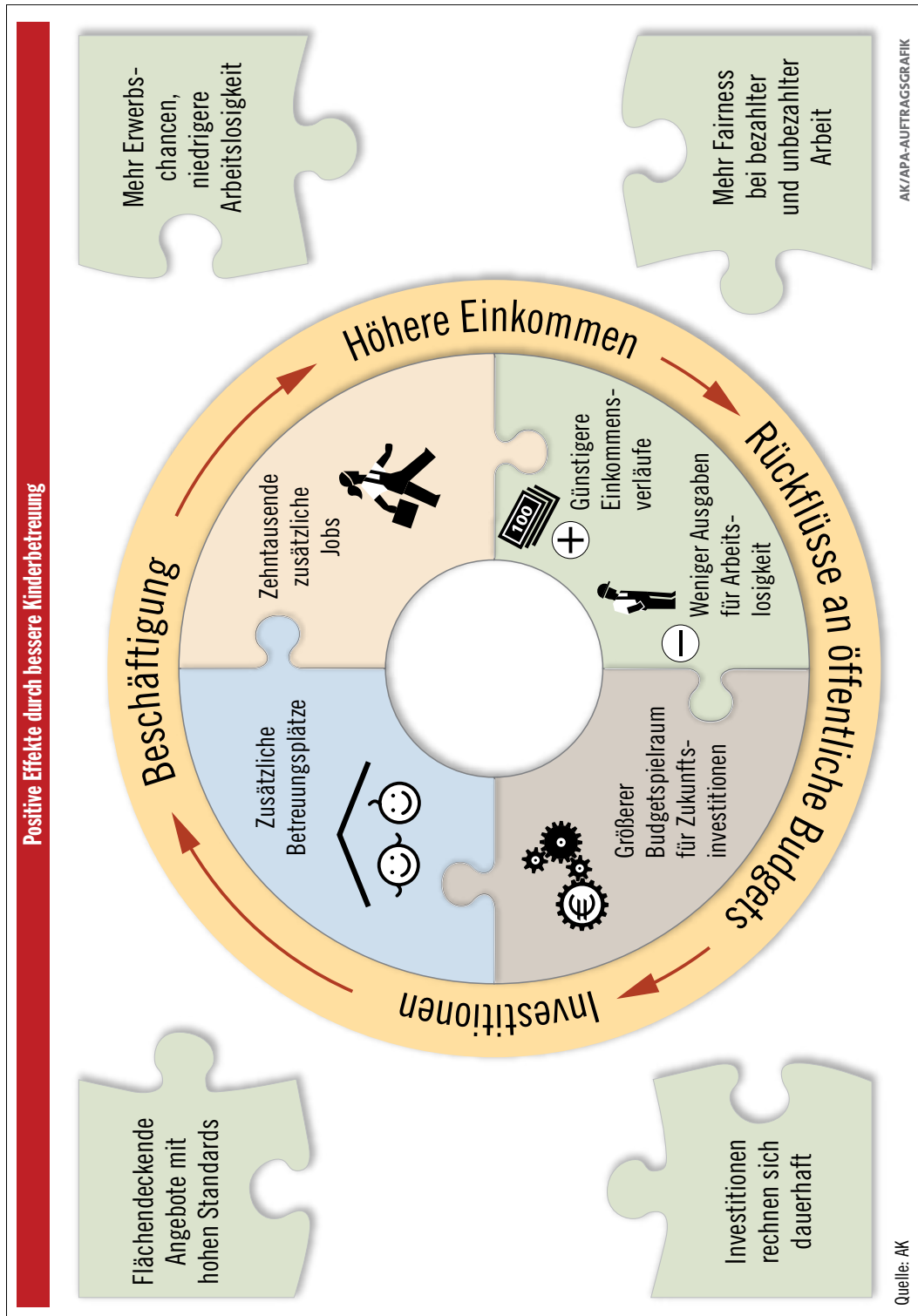
Zweitens: **Zehntausende zusätzliche Jobs.** Der Ausbau der sozialen Dienstleistungen schafft direkt und indirekt neue Beschäftigung. Und zwar viel mehr als jede andere Art, allgemeine Steuermittel einzusetzen. Angesichts von 352.000 arbeitssuchenden Menschen in Österreich (280.000 vorgemerkte Ar-

beitslose und 72.000 Personen in Schulungsmaßnahmen, Prognose für 2013 lt. WIFO 12/2012) sind beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitische Initiativen unerlässlich. Berücksichtigt man die nur moderaten Wachstumsprognosen und die weitere Öffnung des heimischen Arbeitsmarkts ist das Erschließen neuer und nachhaltiger Beschäftigungspotenziale unerlässlich.

Drittens: **Bessere Einkommensverläufe.** Frauen erbringen nach wie vor den Großteil unbezahlter Betreuungs- und Versorgungsarbeit. Soziale Dienstleistungen sind somit der Schlüssel dafür, diese unbezahlte Arbeit in bezahlte umzuwandeln und die Qualifikationen der mittlerweile ausgezeichnet gebildeten Frauen zu nutzen, indem sie diese am Arbeitsmarkt einsetzen können.

Viertens: **Größerer Budgetspielraum.** Es rechnet sich mittel- und langfristig für das Budget, diese Zukunftsinvestitionen zu tätigen, denn dauerhaft übersteigen sogar die Mehreinnahmen v.a. aus der gestiegenen Beschäftigung und die Einsparungen im Bereich der Arbeitslosenunterstützung die anfallenden Kosten. Je nach Konjunkturverlauf können die Beschäftigungseffekte und die zusätzlichen Einnahmen für die öffentliche Hand unterschiedlich ausfallen. Aber selbst bei pessimistischen Annahmen kompensieren die Mehreinnahmen die Kosten - und die positiven Effekte eines besseren Leistungsangebots sind jedenfalls gegeben.

Abb 1: Positive Effekte des Ausbaus von Kinderbetreuung



## 2. Ausgangslage in der Kinderbetreuung

Trotz des laufenden Ausbaus der Kinderbetreuungseinrichtungen für Kinder im Vorschulalter gibt es in diesem Bereich in Österreich noch immer erhebliche Defizite. Es braucht daher auf mehreren Ebenen Verbesserungen, und zwar:

- bei der Zahl der Plätze: insbesondere in der Kleinkindbetreuung übersteigt die Nachfrage das Angebot bei Weitem
- bei den Öffnungszeiten: im Kindergartenalter stehen zwar ausreichend Plätze zur Verfügung, jedoch fehlt es an Angeboten für Verpflegung, Nachmittagsbetreuung oder in Betreuung in den Ferienzeiten
- bei der Qualität: für eine echte Frühförderung sollen die Gruppen kleiner bzw. die Betreuungsschlüssel erhöht werden

Der Bund engagiert sich bereits jetzt in Form einer Anstoßfinanzierung im Ausbau der Kinderbetreuung.

2013 und 2014 werden noch jeweils 15 Mio. dafür im Rahmen einer 15a-Vereinbarung mit den Ländern zur Verfügung gestellt.<sup>1</sup> Die Länder müssen den Bundeszuschuss in gleicher Höhe kofinanzieren und die laufenden Kosten tragen.

Wird diese Finanzierungs-Logik weiterhin angewandt, bräuchte es für die Beseitigung der bestehenden Defizite im Schnitt jährlich hundert Millionen Euro Anstoßfinanzierung vom Bund in näch-

<sup>1</sup> Siehe [http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/I/I\\_01406/index.shtml](http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/I/I_01406/index.shtml)

sten vier Jahren. Der gesamte Investitionsbedarf ist natürlich bedeutend höher, aber ebenso auch die Rückflüsse.

### Erkenntnisse und Zusammenhänge aus bisherigen Studien

Die in diesem Beitrag dargestellten Zusammenhänge und Berechnungsgrundlagen basieren auf den Erkenntnissen rezenter wissenschaftlicher Studien:

- In einer **dynamischen Sichtweise** (10 Jahre) „rechnen“ sich ausgewählte investive Maßnahmen bereits mittelfristig [hier: bereits am dem 5. Jahr]!

AK-Berechnungen belegen dies ua in den Bereichen Ausbau der Kinderbetreuung, schulische Ganztagsbetreuung, Vermeidung von Früh-/Invaliditätspensionen als Folge fehlender psychotherapeutischer Angebote! [Sammel-Publikation erscheint voraussichtlich 6/2013]

Es ist langfristig sogar teurer (!), bestehende Versorgungsdefizite nicht abzubauen – vgl. „cost of non-social policy“!

in der Regel: „Treppen“-Funktion: dh optimistisches Szenario rechnet sich (zeitlich) vor dem mittleren Szenario und dieses wiederum vor dem pessimistischen Szenario.

- **Wirkungszusammenhang** von Investitionen auf Beschäftigung ist vielfältig:

direkte Beschäftigungseffekte ergeben sich in Abhängigkeit der Branche: Soziale Dienste sind besonders beschäftigungsintensive Bereiche!

oft fehlt es auch an baulicher Infrastruktur bzw Qualifikationen – deshalb löst dies indirekt entsprechend hohe Investitionen in „anderen“ Bereichen aus (abh. von den makroökonomischen Multiplikatoren!)

bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie (indirekt II)

positive (konsuminduzierte) Nachfrageeffekte erhöhen die Beschäftigung (zB Handel, etc); [AK-Modell: Unterschätzung dieser Effekte, weil nur die Effekte der „direkten“ Beschäftigung berücksichtigt wurden.]

ohne einen wachstums-/beschäftigungsfördernden Makro-Kontext „verpuffen“ aber die „angebotsseitigen“ Maßnahmen, dh der Arbeitsmarkt muss das zusätzliche Arbeitskräftepotenzial absorbieren können! Die hier unterstellten Effekte stehen jedenfalls im Einklang mit der mittelfristigen Beschäftigungsprognose des WIFO (2012).

- Aus der „zusätzlichen“ Beschäftigung ergeben sich positive Effekte sowohl durch höhere Abgaben (Dienstnehmer/Dienstgeber) als auch tw. Einsparungen bei den Transferleistungen:

je besser die aktive Arbeitsmarktpolitik ausgestaltet ist (va Qualität der Qualifizierungs- und Unterstützungsangebote), umso höher ist die Wahrscheinlichkeit einer dauerhaften Re-Integration in den Arbeitsmarkt

bei der Zielgruppe „Ältere“ wirkt eine positive (lange/gesunde) Arbeitsmarktintegration in der Regel pensions- bzw gesundheitskostenvermeidend.

- Angesichts der **unsicheren Wachstumsaussichten** erscheint die Darstellung unterschiedlicher „Szenarien“ (optimistisch/mittel/skeptisch) besonders sinnvoll.

- Annahmen des AK-Modells basieren auf österreichischen, **empirischen Grundlagen** (ua Makromultiplikatoren/Bedarfe/Kosten/Abgabekalkulation/Arbeitspräferenzen/etc).

### 3. Details der Analyse der Effekte des Ausbaus der Kinderbetreuung

Für die vorliegende Modellrechnung wurde an den oben genannten Defiziten angesetzt. Vorgesehen ist, für alle drei Bereiche – Angebot, Öffnungszeiten und Qualität – entsprechende Maßnahmen zu setzen. Mit der hier zugrunde gelegten Finanzierung könnten zum Jahr 2017

- **35.000 zusätzliche Betreuungsplätze** für Kleinkinder geschaffen sowie
- die **Öffnungszeiten bei 70.000 bestehenden Plätzen verlängert** werden. Darüber hinaus kann
- für alle **Kleinkindgruppen** zumindest halbtags/ ein/e **zusätzliche/r Pädagoge/Pädagogin**

zur Verfügung gestellt werden, was eine deutliche Verbesserung der Betreuungsqualität darstellen würde.

Dabei wird davon ausgegangen, dass der Ausbau etappenweise erfolgt: Die Verlängerung der Öffnungszeiten und Verbesserung der Qualität kann bereits im ersten Jahr in Angriff genommen werden. Für die zusätzlichen Plätze braucht es Vorlaufzeiten, um die not-



wendige Infrastruktur herzustellen, daher wurden diese erst ab dem zweiten Jahr kalkuliert.

### 3.1 Notwendige Investitionen

Vorgeschlagen wird, seitens des Bundesbudgets in den nächsten vier Jahren jährlich durchschnittlich rund 100 Mio. in den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen zu investieren. Dieser Betrag muss von den Länder und Gemeinden in gleicher Höhe kofinanziert werden. Sie haben auch – entsprechend ihrer Kompetenz – die laufenden Kosten zu tragen. Diese Logik entspricht auch der derzeit noch laufenden 15a-Vereinbarung zwischen Bund und Ländern zum Ausbau der Kinderbetreuung.

Wie *Tabelle 1* zeigt, entwickeln sich die Brutto-Kosten (= Gesamtkosten ohne Rückflüsse) mit den jeweiligen Ausbaustapen. Ab dem zweiten Jahr steigen sie deutlich an, weil die Baukosten schlagend werden. Die Spitze der Bruttokosten wird im Jahr 2015 erreicht und beträgt unabhängig vom Szenario 591 Mio. Euro. Ab 2016 fallen sie deutlich ab, weil die Bauinvestitionen zur Gänze getätigt sind und nur mehr Personal- und Schulungskosten anfallen.

Je nachdem, welche wirtschaftliche Entwicklung bzw. indirekte Beschäftigungseffekte unterstellt werden, ergeben sich unterschiedlich hohe Netto-Kosten (= Gesamtkosten abzüglich Rückflüsse). Auch sie erreichen 2015 das höchste Ausmaß und betragen je nach Szenario zwischen 61 und 148 Mio. Euro. Nach dem Ende der Bauinvestitionen 2017 übersteigen schließlich die Einnahmen aus der zusätzlichen Beschäftigung und den Einsparungen bei der Arbeitslosenversicherung die Ausgaben. Damit drehen die Nettokosten ab 2017. Auch im schlechtesten wirtschaftlichen Szenario

ergibt sich ein Plus für die öffentliche Hand von 14 Mio. Euro im Jahr. Bei etwas positiveren Annahmen im mittleren Szenario beträgt dieser Überschuss gegenüber den Investitionskosten sogar 91 Mio. Euro. und optimistischen Szenario sogar 168 Mio. Euro.

### 3.2. Beschäftigungseffekte und fiskalische Effekte

Ein Ausbau an Kinderbetreuungseinrichtungen in der gegebenen Größenordnung bringt beachtliche direkte Beschäftigungseffekte. Zum einen entstehen **in der Kinderbetreuung** selbst von rd **14.000 zusätzliche Beschäftigungsverhältnisse**. Darüber hinaus werden durch die Bauinvestitionen und die zusätzlich erzielten Einkommen der KindergartenpädagogInnen und BetreuerInnen dauerhaft mehr als **2.300 Arbeitsplätze in anderen Branchen** geschaffen.

Ebenfalls beträchtlich sind die Effekte durch die Ausweitung der individuellen Arbeitszeiten bzw. Ermöglichung von Arbeitsaufnahmen für Personen, die bislang durch ihre Betreuungspflichten dabei eingeschränkt oder zur Gänze daran gehindert waren. Alleine bis 2017 könnten selbst bei einem sehr moderaten Wirtschaftswachstum dadurch 14.000 weitere Beschäftigungsverhältnisse entstehen. Bei besserer konjunktureller Entwicklung könnten sogar **bis zu 28.000 Eltern**, insbesondere Mütter, Beschäftigung finden. Das Potenzial dafür wäre jedenfalls vorhanden: In einer rezenten Befragung gaben mehr als 140.000 Eltern (vor allem Frauen) an, aufgrund fehlender Kinderbetreuungsplätze nicht oder nur in Teilzeit berufstätig zu sein.<sup>2</sup>

<sup>2</sup> Statistik Austria (2010): Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Modul der Arbeitskräfteerhebung

Damit könnten in Summe im schlechtesten Fall etwas mehr als 30.000, im besten Szenario **fast 45.000 Menschen mehr in Beschäftigung** kommen.

Durch die zusätzlich Beschäftigten würden über direkte Lohnabgaben (Steuern, Sozialversicherung und Lohnsummenabgaben) beträchtliche Mittel an die öffentliche Hand zurückfließen. Unter der zusätzlichen Berücksichtigung von Einsparungen in der Arbeitslosenversicherung ergeben sich bereits ab dem fünften Jahr nach dem Beginn der Investitionsaktivitäten jährliche – strukturelle – Mehreinnahmen im Vergleich zu den laufenden Kosten.

Langfristig ergibt sich durch die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die sonstigen Beschäftigungseffekte selbst bei schlechter wirtschaftlicher Entwicklung ein bescheidenes Plus für die öffentlichen Haushalte von rund 14 Mio. Euro. Aber auch wenn der Ausbau der Kinderbetreuung für die öffentliche Hand damit „nur“ kostenneutral wäre, würde die **Vereinbarkeit von Beruf und Familie** für tausende Eltern verbessert und den Kindern mehr **Frühförderung** und Chancengleichheit geboten.

Bei einer besseren wirtschaftlichen Entwicklung könnte hingegen auch noch ein deutlicher laufender **Budgetüberschuss ab 2017** zwischen **90 und 168 Mio. pro Jahr** erzielt werden.

---

2010; Download unter [http://www.statistik.at/web\\_de/dynamic/statistiken/soziales/gender-statistik/vereinbarkeit\\_von\\_beruf\\_und\\_familie/publdetail?id=742&listid=742&detail=631](http://www.statistik.at/web_de/dynamic/statistiken/soziales/gender-statistik/vereinbarkeit_von_beruf_und_familie/publdetail?id=742&listid=742&detail=631)

	2013	2014	2015	2016	2017	2018 - 22	2023
<b>Verbesserung Betreuungsangebot (Plätze kumuliert)</b>							
Neue Kinderbetreuungsplätze für Kleinkinder	0	7.500	22.500	35.000	35.000	↔	35.000
Kindergartenplätze mit besseren Öffnungszeiten	30.000	60.000	70.000	70.000	70.000	↔	70.000
Kleinkindplätze mit besserem Betreuungsschlüssel	15.000	33.000	50.000	70.000	70.000	↔	70.000
<b>Kosten</b>							
Jährliche Personalkosten in Mio. - kumuliert	62	176	311	429	444	↑	553
Jährliche Baukosten in Mio. - inkl. Erhaltungskosten	0	45	91	80	2	↔	2
Schulungskosten für zusätzliches Personal	12	31	53	70	0	↔	0
Finanzierungskosten	2	5	9	12	9	↑	11
<b>Summe der Kosten für Kinderbetreuungsausbau in Mio. Euro</b>	<b>75</b>	<b>257</b>	<b>464</b>	<b>591</b>	<b>455</b>	<b>↑</b>	<b>566</b>
<b>Effekte - Beschäftigung (kumuliert, Bandbreiten nach Szenarien)</b>							
Direkte Beschäftigungseffekte in Kinderbetreuung, Bau, Schulung	2.400	6.800	11.700	15.300	14.000	↔	14.000
Konsuminduzierte Beschäftigungseffekte	300	900	1.600	2.200	2.300	↑	2.900
Zusätzliche Beschäftigung Eltern mit Betreuungspflichten	1.000 bis 2.000	4.000 bis 8.000	8.500 bis 17.000	12.500 bis 25.000	14.000 bis 28.000	↔	14.000 bis 28.000
<b>Beschäftigungseffekte gesamt</b>	<b>3.700 bis 4.700</b>	<b>11.700 bis 15.700</b>	<b>21.800 bis 30.300</b>	<b>30.000 bis 42.500</b>	<b>30.300 bis 44.300</b>	<b>↑</b>	<b>30.300 bis 44.900</b>
<b>Einsparungen bzw. Mehreinnahmen (kumuliert)</b>							
Optimistisches Szenario: bis 50% Mütter in Beschäftigung	65	209	403	579	624	↑	766
Mittleres Szenario: bis zu 37 % Mütter in Beschäftigung	60	189	359	513	546	↑	670
Pessimistisches Szenario: bis zu 25% Mütter in Beschäftigung	55	170	316	446	469	↑	574
<b>Budgeteffekt</b>							
Optimistisches Szenario in Mio. €	-10	-48	-61	-12	168	↑	200
Mittleres Szenario in Mio. €	-15	-68	-104	-78	91	↑	104
Skeptisches Szenario in Mio. €	-20	-87	-148	-144	14	↓	8

Tabelle 1: Auswirkungen des Ausbaus von Kinderbetreuung – Beschäftigungs- und Budgeteffekte

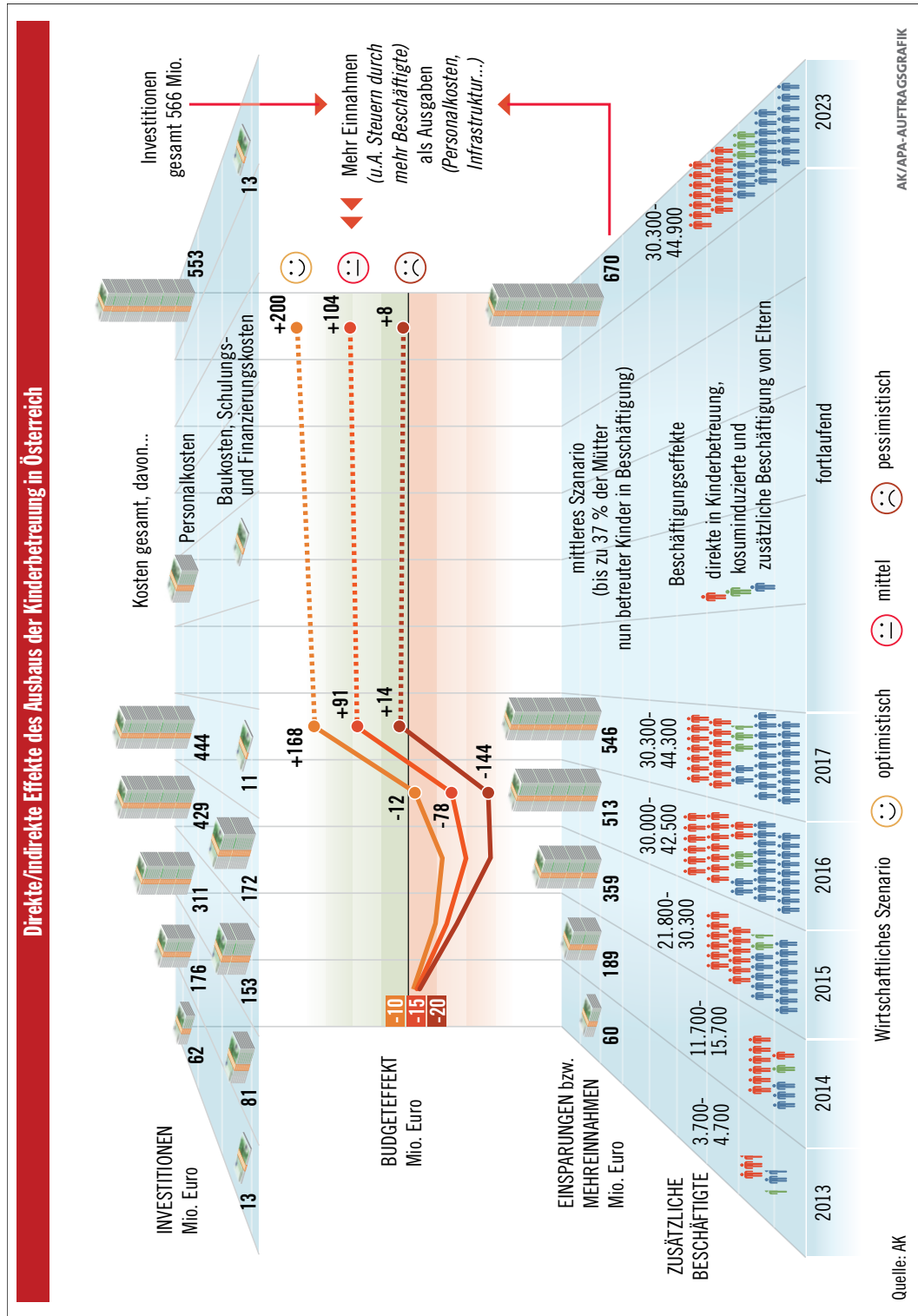


Abb 2: Kosten und Effekte des Ausbaus von Kinderbetreuung bei unterschiedlicher wirtschaftlicher Entwicklung

#### 4. Zusammenfassend

Mit Investitionen in Kinderbetreuung könnten nicht nur die akuten Defizite bezüglich Angebot und Qualität behoben werden, sondern auch beachtliche Beschäftigungs- und Budgeteffekte generiert werden.

Mit einer Anstoßfinanzierung von jährlich durchschnittlich 100 Mio. Euro seitens des Bundes für die nächsten vier Jahre, ergänzt um den gleichen Betrag von den Ländern, könnten beispielsweise **35.000 zusätzliche Plätze** für Kleinkinder und **bessere Öffnungszeiten bei 70.000** bestehenden Kindergarten-Plätzen geschaffen werden. Zusätzlich würde damit für jede Kleinkindgruppe halbtags eine **zusätzliche pädagogische Fachkraft** zur Verfügung stehen.

Damit werden in der Kinderbetreuung selbst 14.000 Beschäftigungsverhältnisse geschaffen, weitere 2.300 entstehen durch die zusätzliche Nachfrage in anderen Branchen. Je nach Konjunkturverlauf könnten darüber hinaus zwischen 14.000 und 28.000 Eltern einer Erwerbstätigkeit nachgehen, die bislang durch ihre Betreuungspflichten daran gehindert waren. Damit kämen in Summe **zwischen 30.000 und knapp 45.000 Menschen zusätzlich in Beschäftigung**.

Aus den Steuern und Abgaben dieser Beschäftigung sowie den Einsparungen im Bereich der Arbeitslosenversicherung entstehen Einnahmen für die öffentliche Hand, die ab dem fünften Jahr die zusätzlichen Kosten für die Kinderbetreuung übersteigen. Abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung würden dieser **Überschuss zwischen +14 Mio. und +168 Mio. Euro jährlich** betragen.

Insgesamt wird durch diese Investitionen der Wirtschaftsstandort attraktiver, die Beschäftigungsquote insbesondere von Frauen und die entsprechenden Lohnabgaben gesteigert und die strukturellen Mängel in der aktuellen Familienpolitik abgebaut. Die Nachhaltigkeit dieser Maßnahmen und das daraus resultierende Haushaltsplus unterstützen die aktuellen Bemühungen zur Budgetkonsolidierung.

## 5. ANHANG: Die AK-Modellrechnung im Detail

Die nachstehende Grafik gibt eine Übersicht, welche Kostenfaktoren und welche Rückflüsse einberechnet wurden:

<b>Maßnahme - Ausbau der Kinderbetreuung in Österreich</b>	
<b>Bruttokosten:</b>	
A	Personalkosten
B	bauliche Infrastruktur (inkl Instandhaltung)
C	Schulungsaufwand
D	Finanzierungskosten
E	<b>Bruttokosten: Summe A-D</b>
<b>Beschäftigungseffekte:</b>	
1	direkte Effekte (Dienstleistung selbst)
2	indirekte Effekte 1 (Bau/Bildung) via Makromultiplikatoren
3	indirekte Effekte 2 (durch bessere Vereinbarkeit)
4	Konsuminduzierter Effekt aus [hier nur] direkter Beschäftigung (I)
5	<b>Beschäftigungseffekt: Summe 1-5</b>
<b>Einsparungen und Rückflüsse:</b>	
F	Abgaben (Steuern/Sozialbeiträge) aus der direkten Beschäftigung
G	Abgaben (Steuern/Sozialbeiträge) aus der indirekten Beschäftigung
G1-G3	[hier gibt es mehrere Szenarien (optimistisch/mittel/pessimistisch)]
H	Ersparnisse bei der Arbeitslosenunterstützung
I/J/K	<b>Einsparungen und Rückflüsse/Szenario Summe F-H</b>
<b>Nettokosten bzw Investitionsertrag (laufendes Budgetjahr!)</b>	
L/M/N	<b>Saldo aus (I/J/K) minus E</b>
wenn Saldo (-): Investitionskosten > Ertrag	
wenn Saldo (+): Ertrag > Investitionskosten	
in der Regel: Investition "rechnet" sich nach X Jahren!	

Im Bereich der Kosten wurde auch ein inflationsbedingter Anstieg von unterstellten 2% pro Jahr mitberücksichtigt.

### **Kinderbetreuungsplätze**

Diese wurden auf Basis der Vollzeit-Äquivalente (VZÄ) hochgerechnet:

Kleinkinder: es braucht 2 VZÄ pro Gruppe, eine Gruppe umfasst 15 Kinder

Öffnungszeiten: es braucht 2x 1/3 VZÄ für eine Gruppe, eine Gruppe umfasst 20 Kinder

Qualität: Halbtags ein/e zusätzliche/r Pädagoge/Pädagogin pro Gruppe für Unter-3-Jährige

### **Personal in Vollzeitäquivalenten**

Ausgegangen wurde von Arbeitgeberkosten von 41.300 Euro/Jahr, das entspricht einem Monatsbrutto für den/die ArbeitnehmerIn von 2.250 Euro in Vollzeit. Bei den Lohnkosten wurde eine laufende reale Indexierung in der Höhe von 1,7% jährlich angenommen.

### **Baukosten**

Das Verhältnis zwischen Bau- und Personalkosten bei einem neu errichteten Betreuungsplatz beträgt 1:1; dem entsprechend wird für jeden Euro Personalkosten im Ausbau der Kleinkindbetreuung ein Euro Baukosten berechnet. Die Baukosten fallen nur einmal an, Personalkosten laufend.

Laufend hingegen sind die Erhaltungskosten in der Höhe von 3 % der durchschnittlichen jährlichen Baukosten.

Für die Ausweitung der Öffnungszeiten sind keine Baukosten erforderlich.

### **Schulungskosten**

Annahme der Schulung von 50% der neuen MitarbeiterInnen in der Kinderbetreuung, dabei 6.600 Euro Ausbildungskosten pro Jahr plus etwaige Deckung des Lebensunterhalts bei Personen, die keinen AIG-Anspruch haben - durchschnittlich 10.000 Euro pro Person und Jahr.

### **Beschäftigung**

Laut Kindertagesheimstatistik sind rund die Hälfte der in der Kinderbetreuung Beschäftigten in Teilzeit, daher wurden 50% mehr Beschäftigte als Vollzeitäquivalente angenommen.

Bei allen anderen Beschäftigungseffekten (Bau, Konsum, Schulung) wurden die VZÄ mit beschäftigten Personen gleichgesetzt.

Beschäftigungsmultiplikatoren:

Multiplikatoren (Q: WIFO, 2006)		
1 Mrd. Investition		
Bildung	bringt ...	7.900 Beschäftigte
Infrastruktur		8.600 Beschäftigte
Priv. Konsum (~ wie Lohnsteuersenkung)		5.200 Beschäftigte

### Zusätzliche Frauenbeschäftigung

Das Potenzial ist auf jeden Fall gegeben: mehr als 140.000 Eltern (vor allem Frauen) geben an, aufgrund fehlender Kinderbetreuungsplätze nicht oder nur in Teilzeit berufstätig zu sein. (Statistik Austria 2010)

Angenommen wird eine Entlohnung von 2.000 Euro Monatsbrutto bei einer Vollzeit und von 1.000 Euro Monatsbrutto bei einer Teilzeitbeschäftigung. Die jährlichen Abgaben (Sozialbeiträge/Steuern) belaufen sich damit auf 16.660 respektive 6.460 Euro pro zusätzlich beschäftigter Person.

Die Zahl der beschäftigten Frauen richtet sich nach dem Stand des Ausbaus der Kinderbetreuung, dabei wurden drei Szenarien angenommen:

#### Optimistisches Szenario:

Anfangs 15 x verbesserte Öffnungszeiten = 1 zusätzlich beschäftigte Person und für 3x neuer Kleinkindplatz = 1 zusätzlich beschäftigte Frau; dann linear steigend auf im Jahr 2017: 7 x verbesserte Öffnungszeiten = 1 zusätzlich beschäftigte Frau und 2x neuer Kleinkindplatz = 1 zusätzlich beschäftigte Frau.

Derzeit sind laut Kindertagesheimstatistik (2011) 63 % der Mütter von Kindern in Betreuung erwerbstätig, d.h. die Annahme mit 50% ist sehr moderat.

Für das **skeptische Szenario** wurde nur die Hälfte dieses Effekts angenommen, für das **mittlere Szenario** der Mittelwert zwischen den beiden.

#### Rückflüsse aus Abgaben der direkten Beschäftigung

Diese wurden auf Basis des Bruttomonatsgehalts von 2.250 Euro mit dem Brutto-Nettorechner (BM für Finanzen) berechnet; die Abgaben betragen in dieser Einkommensstufe knapp 47% der Arbeitgeberkosten (= 19.300). Für die Vollzeitbeschäftigten (50% der Beschäftigungsverhältnisse) wurde dieser Abgabensatz zugrunde gelegt, für die Teilzeitbeschäftigten wurde mit der Hälfte des Bruttomonatseinkommens und dem entsprechend niedrigeren Abgaben kalkuliert (7.640 Euro/Jahr).

#### Einsparungen Arbeitslosenunterstützung

Angenommen wurde, dass ein Drittel der zusätzlichen Beschäftigung in der Kinderbetreuung mit arbeitslosen Personen besetzt werden können. Das entspricht empirischen Studien. Die Kosten pro Person in Arbeitslosigkeit betragen laut BMASK 18.960 Euro/Jahr (Bezug AIG und der Kosten für aktive Arbeitsmarktpolitik). Diese Kosten wurden mit 1% reale Steigerung indexiert (plus 2% Inflation).



Für weitere Fragen steht Ihnen gerne

**Adi Buxbaum**

Tel: + 43 (0) 1 501 65 2373

adi.buxbaum@akwien.at

sowie

**Sybille Pirklbauer**

Tel: + 43 (0) 1 501 65 2597

sybille.pirklbauer@akwien.at

und

**Christof Cesnovar**

(in unserem Brüsseler Büro)

T +32 (0) 2 230 62 54

christof.cesnovar@akeuropa.eu

zur Verfügung.

Unter Mitarbeit von: Andrea Casamenti,  
Markus Marterbauer, Miriam Rehm, Josef  
Wöss, Thomas Zotter und Josef  
Zuckerstätter.

**Bundesarbeitskammer Österreich**

Prinz-Eugen-Straße 20-22

A-1040 Wien, Österreich

T +43 (0) 1 501 65-0

F +43 (0) 1 501 65-0

**AK EUROPA**

Ständige Vertretung Österreichs bei der EU

Avenue de Cortenbergh, 30

B-1040 Brüssel, Belgien

T +32 (0) 2 230 62 54

F +32 (0) 2 230 29 73